DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/1998

Nazischulung in der Führungsakademie

Es mag ein Dutzend Jahre her sein, da wurde ich in meiner Heimat Frankfurt/Main zur Kripo bestellt. Das Landeskriminalamt Hessen teilte mir mit: Anläßlich einer Hausdurchsuchung bei dem berüchtigten Neonazi Roeder war eine Todesliste gefunden worden, auf der auch mein Name stand. Schützen könne man mich natürlich nicht, aber man wolle mich wenigstens warnen (...)

Roeder war wegen Anstiftung zum Mord und wegen Sprengstoffanschlägen zu 13 Jahren Haft verurteilt und nach acht Jahren wieder freigelassen worden. Und jetzt stellt sich heraus, daß die „Führungsakademie" der auf die Verfassung vereidigten Bundeswehr nichts Eiligeres zu tun hatte, als diesen vorbestraften Verfassungsfeind als Referent einzuladen!

Drei Jahre ist das her. Drei Jahre also, in der eine Clique von Verschwörern, „Offiziere der Inneren Führung" genannt, in aller Heimlichkeit dieses Bubenstück organisiert und es über Jahre hinweg geheimhalten konnte.

Hunderte Offiziere waren also beteiligt und hielten dicht. Hunderte, die durch die Abordnung zur Akademie bis zukünftige Befehlshaber über Hunderttausende „qualifiziert" werden.

Selbst dem Herren in Bonn, der bislang immer „Einzelfall", „Einzelfall" quäkte, wenn etwas aus dem Sumpf dieser sorgsam gehüteten „militärischen Geheimnisse" an die Öffentlichkeit drang - selbst diesem unsäglichen Rühe verschlug es zunächst die Sprache.

Denn jetzt kann man nicht mehr vom „Einzelfall" schwätzen, nicht mehr von „aus der Bahn geratenen Rekruten oder allenfalls Gefreiten" reden - jetzt steht die gepriesene „Elite" dieser Armee im Rampenlicht.

Einen Roeder brauchen sie! Ohne solche Subjekte kommen die deutschen Offiziere offenbar nicht aus. Als sie 1920 gegen die damalige Republik putschten, hatten sie einen obskuren Herr Kapp. Als der gescheitert war, suchten sie sich einen gewissen Adolf Hitler.

Da gibt es eine gleiche Traditionslinie: von der Wehrmacht bis zur Bundeswehr, von Roeder bis zum Verfassungsschutz, der Roeder observierte - und schwieg!

In diesem Ungeist „gebildete" Offiziere sollen „die deutschen Interessen in aller Welt vertreten"? Wir wurden schon einmal „vertreten", in Polen und in Frankreich. In Oradour, Lidice und Auschwitz.

Wenn dieses Land ein Rechtsstaat wäre, wie es jeden Tag von neuem behauptet wird, dann müßte der Rühe seine Hut nehmen, dann müßte die gesamte Spitze dieser Bundeswehr davongejagt werden.

Und nun noch das dringend nötige Wort an Lafontaine, Schröder, J. Fischer und ihr Gefolge. Fragen wir jeden einzelnen: Reicht euch der Roeder-Skandal noch nicht? Wollt ihr euch endlich aufraffen und das werden, was ihr behauptet zu sein: eine demokratische Opposition, die die Menschen auf der Straße ruft?

Emil Carlebach

Bremer Räterepublik

Gemeinsame Veranstaltung **am 08. Februar 1998** auf dem **Waller Friedhof** zum Gedenken an die Opfer der gewaltsamen Niederschlagung der Bremer Räterepublik vor 79 Jahren **um 11:00 Uhr** ab Haupteingang, anschließend Gespräche im **Westend, Waller Heerstraße 294.**

Begrüßung:
Willy Hundertmark

Es sprechen:
Horst von Hassel
Armin Stolle

Mieke Roscher (AK-Antirassismus im AStA der Universität Bremen)
Iska Niemeyer (AK-Antirassismus im AStA der Universität Bremen)

Kulturelle wird die Veranstaltung mitgetragen von :
Oh Schreck blas' nach

Die Gedenk-Veranstaltung wird unterstützt von:
AG Junger GenossInnen in der PDS Bremen, Allgemeiner StudentenInnen Ausschuß der Universität Bremen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten, Bund Deutscher PfadfinderInnen, Bremer Jugendring, , Deutscher Gewerkschafts Bund - Kreis Bremen, Deutsche Kommunistische Partei - Bezirk Land Bremen, GesamtschülerInnenvertretung, Jugendausschuß IG-Metall, Jungsozialisten in der SPD - Bremen, Naturfreunde Jugend, Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Bremen, DGB - Jugend Bremen PDS Bremen, SDAJ Bremen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

Lauschangriff

Am 18. November 1997 antwortete für die SPD-Bürgerschaft ihr Vorsitzender Christian Weber auf unser Schreiben zum Großen Lauschangriff. Darin heißt es:

„(...) Meine Partei hat zum Großen Lauschangriff am 08.11.1997 einen Beschluß gefaßt, dabei hat die grundsätzliche Ablehnung der Änderung des Art. 13 GG keine Mehrheit gefunden (Juso-Antrag).

Argument dabei war, daß der Art. 13 GG schon in Abs. 3 Eingriffe und Beschränkungen unter bestimmten Voraussetzungen zuläßt, also gar nicht mehr allein aus dem Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung besteht.

Meine Fraktion wird ihre Haltung zu den Änderungen des Art. 13 jeweils daran festmachen, ob für die Einschränkung die Eingriffschwelle hoch genug und der Richtervorbehalt lückenlos ist."

Christian Weber

Presseerklärung zum Urteil gegen die DDR-Richterin Jendretzky-Eisermann

(...) Die heute 79-jährige Richterin Jendretzky-Eisermann wurde am 28. November 1997 vom Landgericht Leipzig zu 4 Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde vom westdeutschen Gerichtsvorsitzenden "Rechtsbeugung", "Freiheitsberaubung" sowie "Totschlag" unterstellt, weil sie vor 47 Jahren in den sogenannten "Waldheim-Prozessen" als Beisitzerin eines Revisionssenats an der Bestätigung erstinstanzlicher Todesurteile gegen Nazi- und Kriegsverbrecher mitwirkte.

Aus der Sicht von heute gab es bei den "Waldheim-Prozessen", die in der unmittelbaren Nachkriegszeit und unter maßgeblichem Einfluß der Besatzungsmächte stattfanden, sicher verfahrensrechtliche und andere Mängel.

Aber wer waren die Menschen, deren Verurteilung heute der antifaschistischen Richterin Jendretzky-Eisermann angelastet wird? Dazu gehörten unter anderen:

- Oberstabsrichter Walter Schmidt. Er hat in vielen Gerichtsverfahren in Frankreich, der Tschechoslowakei und der UdSSR gegen Zivilpersonen, Kriegsgefangene und deutsche Soldaten in mindestens 5 Fällen die Todesstrafe verhängt.

- Staatsanwalt Heinz Rosenmüller. Als Generalstaatsanwalt am Sondergericht Dresden hat er wegen "zersetzender Äußerungen" mindestens 15 Todesurteile erwirkt.

- Kriegsgerichtsrat Horst Rechenbach. Als Oberstabsrichter war er an 1.200 Militärgerichtsverfahren beteiligt, von denen 30 mit Todesurteilen endeten.

- Karl Steinberg war Aufseher im KZ Auschwitz und an Hinrichtungen von Häftlingen beteiligt.

Solche Verbrecher hart zu bestrafen, war die Forderung der Völker. Ihre Verurteilung entsprach den Bestimmungen des Völkerrechts, den Statuten des Internationalen Gerichtshofes von Nürnberg, dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr.10, Direktive 38 sowie im Fall der Waldheim-Prozesse auch dem Befehl 201 der sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

Wenn die BRD jetzt die Verurteilung solcher Verbrecher Unrecht nennt, wenn sie alle in Waldheim Verurteilten per Gesetz pauschal rehabilitiert, dann ist das Unrecht.
Dann macht sie sich zur Verteidigerin schwerster Naziverbrechen. (...) Wir sind in großer Sorge um die deutsche Wirklichkeit unserer Tage (...) Menschen seid wachsam!

Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung und des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland

Klaus Feske, Berlin

Arbeit fortsetzen

Aus Chile erhielten wir kürzlich von Beatriz Brinkmann Nachricht. Sie ist selber Folteropfer und nach der Haftbefreiung und langen Jahren des Exils, wieder in Chile tätig. Sie berichtet uns über die besorgniserregende finanzielle Lage des "Zentrum für psychische Wiederherstellung und Menschenrechte" (CINTRAS) in Santiago de Chile. Die Ärzte, Psychiater und Therapeuten betreuen die aus dem Exil zurückgekehrten Flüchtlinge, Folteropfer und Hinterbliebenen von Verschwundenen.

„(...) Für die ausländischen Agenturen gilt Chile nicht mehr als Problemland und unsere Regierung interessiert sich absolut nicht für die Leiden der ehemaligen Opfer der Repression. (...) Das Jahr 1997 fing deshalb für uns schon sehr schwierig an. Die ersten Monate haben wir nur mit den zahlreichen kleinen Beiträgen, die ich während der (Europa-) Reise erhalten hatte, überlebt. Gleichzeitig kam eine Absage nach der anderen von den größeren Agenturen. (...)

Im Mai sind alle Gehälter um ein Viertel gekürzt worden, im Juni um ein Drittel (...) Einige Therapeuten und auch die Verwaltungsangestellten haben sich bereit erklärt, mehr Stunden zu arbeiten, als CINTRAS ihnen tatsächlich bezahlen kann. (...)

Ein junger Mann sagte, er mache zur Zeit eine Ausbildung, er sei aber vorher auch bei CINTRAS gewesen und habe eine andere Ausbildung abgeschlossen, da man ihn gelehrt habe, mit seinen Problemen umzugehen und sie zu bewältigen. (...) Am nächsten Tag unterhielt ich mich mit der Psychiaterin, die ihn behandelt hatte. (...) Sie sagte mir, daß er als extremer Alkoholiker zu ihr gekommen war; im Exil aufgewachsen, fand er sich in Chile absolut nicht zurecht, empfand Haß gegen diese menschenunfreundliche Gesellschaft, sah keine Perspektive für sich, wurde immer weiter an den Rand gedrückt, bis er nur noch in Alkohol Zuflucht suchte. Mehrere Monate Therapie waren notwendig, um ihn aus der Krise herauszuführen. Jetzt macht er eine Ausbildung in Gastronomie. (...)

Wenn die Ärzte etwas weniger Stunden arbeiten, bedeutet das natürlich auch, daß wir weniger Patienten behandeln können. Leider ist die Nachfrage weiterhin groß und es gibt keine Alternativen für die Patienten, weil die anderen Zentren, die auch Opfer von Menschenrechtsverletzungen behandelten, ähnliche Probleme wie wir haben oder ihre Arbeit ganz einstellen mußten.
In letzter Zeit sind eine ganze Reihe ganz junger Menschen mit schweren Krisen zu uns gekommen. Es sind Söhne oder Töchter von Rückkehrern aus dem Exil, andere sind Enkel von Verschwundenen, d.h. der Schaden wird inzwischen in der zweiten oder dritten Generation akut. Deshalb wollen wir auf jeden Fall unsere Arbeit fortsetzen. (...)"

Beatriz Brinkmann, Santiago/Chile

Rechter MAD

Die Enthüllungen über rechts- oder neofaschistische Aktivitäten hören nicht auf. Obwohl der General der Kaserne in Varel selbst die Untersuchung durchführt, meldete sich ein weiterer Soldat, der die Aussagen des Soldaten Krause bestätigte. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) beobachtet jeden Angehörigen der Bundeswehr. Dafür ist er ja da! Vom General abwärts bis zum Rekruten hat der MAD alle fest im Griff. Allerdings rechtslastig darf jeder sein. Wehe dem, der den Demokratiebegriff etwas ernster nimmt.

Da gab es in Delmenhorst einen Hauptmann der seine Rekruten umfassend über gesellschaftliche Zusammenhänge schulte. Er hatte keine Parteien eingeladen, sondern parteiungebundene Organisationen. So z.B. Vertreter der Feuerwehr, des Kleingartenvereins, des Schützenvereins, der Friedrich-Ebert-Stiftung und auch einen Vertreter der VVN-BdA.

Nicht viel später wurde der Hauptmann mit allen militärischen Ehren für höhere Ehren verabschiedet. Soviel wie der Verfasser in Erfahrung bringen konnte, ist der Hauptmann nicht in Köln, sondern in Hamburg gelandet. Vielleicht auf der Bundeswehrakademie, als Dozent. Das wäre gut. Aber wahrscheinlicher wäre, zur Umerziehung.

Also, die Bundeswehr ist das Spiegelbild des Volkes ?

Willy

„Altmannshöhe" 1945 - 1998

Anziehungspunkt für Neofaschisten

Am 16. November letzten Jahres, dem Volkstrauertag, führten 40 - 50 Personen aus dem Spektrum von NPD/JN und DVU ein gemeinsames "Heldengedenken" durch. Sie wählten sich dazu die Ehrenanlage für die Gefallenen des 1. Weltkrieges auf der „Altmannshöhe" aus.

Bereits 1996 versammelten sie sich zum gleichen Termin an diesem Ort, um sich durch eine Rede des ehemaligen DVU-Bürgerschaftsabgeordneten Hans-Otto Weidenbach gegen die „Wehrmachtsausstellung" aufhetzen zu lassen. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind seit Anfang der 80er Jahre belegt.

Vorschläge zur Umwidmung

Planer und Erbauer betrieben mit der „Altmannshöhe" einen infamen Mißbrauch mit den Toten des Weltkrieges. Die Angehörigen hatten und haben ein berechtigtes Interesse, den Namen ihres toten Bruders, Mannes oder Vaters aufgeschrieben zu sehen. Für ihr tatsächliches Leiden interessierten sich die Kriegsideologen jedoch nicht im mindesten. Wievielen zum Kriegsdienst Gezwungenen wird hier bis heute der Heldengesang in den Mund gelegt? Die Nazis benutzten diese Namen, um auch noch die Nachgeborenen zur Kriegsbereitschaft zu erpressen.

Neofaschisten fühlen sich auf der „Altmannshöhe" also mit Recht wohl. Gestört wurden sie dadurch, daß Antifaschistinnen und Antifaschisten immer wieder Anläufe unternahmen, um ihnen Zeit und Ort für ihre Hetze wegzunehmen. Dies geschah allerdings bislang nicht konsequent genug. Vergällt wird die Anlage den Neofaschisten jedoch erst dann sein, wenn der Ungeist des „würdigen Rundbaus" (NPD-Jargon) gebrochen sein wird.



Frauenbild in der faschistischen Ideologie

Den ersten richtigen Schritt unternahm die Militärregierung 1945, als sie die Namen der drei NSDAP-„Blutzeugen" entfernen ließ. Doch dabei blieb es: ein Ideenwettbewerb zur Umgestaltung führte 1967 zu keinem Ergebnis. Auch die Sorgen der NPD, daß das Ehrenmal „im Rahmen pazifistischen, progressiven Geistes" umgewandelt werden könnte (Bremer Kurier, 5/1984) blieben bislang leider unbegründet.

Dafür ist es erstens notwendig, die Funktion der Anlage im Rahmen des NS-Regimes zu dokumentieren. Zweitens muß sie einen konkreten und individuellen Zugang zu den Biographien einiger Opfer ermöglichen, ohne dabei Widersprüche auszuklammern. Die 11.000 Namen bieten dazu Möglichkeit genug. Drittens ist es notwendig, die Anlage so umzubauen, daß sie ihre manipulative Wirkung verliert.

Ziel muß es sein, die Anlage zu einer echten Stätte des Friedens umzugestalten.

Thomas

Arbeitszwang für Kranke

Zu den Folgen der Grausamkeiten im Gesundheitswesen gehören Patienten, die als Notfall eingeliefert und baldmöglichst wieder nach Hause entlassen werden.

Dazu gehören große und teure Verpakkungen von Arzneimitteln sowie das Streichen von Medizin für die häufigsten Krankheiten aus dem Kassenprogramm.

Eine mittelbare Folge ist die Verschärfung der Kriterien für Anerkennung und Grad einer Behinderung, der Versuch, Behinderte zur Arbeit zu nötigen, statt Arbeit und Arbeitsabläufe dem Grad der Behinderung anzupassen. So wurden in mehreren mir bekannten Fällen Kollegen von Arbeitsvermittlern und den Amtsärzten der Krankenkasse in Beschäftigungswerkstätten geschickt mit dem Ziel, sie später wieder in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. "Sie können es ja mal versuchen", reagierte der Arbeitsvermittler auf den Einwand, eine Arbeitsaufnahme im Metall- oder Holzbereich komme aus gesundheitlichen Gründen nicht in Frage (ärztlich bescheinigte Allergien, Verbot, schwer zu heben, usw.). Berufs- und Fachkenntnisse wurden entwertet, die Löhne sind deutlich herabgestuft (z.T. um 4 Gehaltsstufen), mit Folgen für eine weitere Arbeitslosigkeit.

Häufige und langdauernde Krankheitsphasen führen dazu, daß Kasse und Arbeitsamt diese Kollegen als arbeitsunwillig einstufen.

In einem zähen Verfahren gegen meinen Kollegen Heinz L. wurde die Berechtigung der gesundheitlichen Einschränkung anerkannt. Nach einer Woche war der Kollege tot. Die Anerkennung der Berufsunfähigkeit wird zunehmend in Frage gestellt, Überprüfungen erfolgen, Kollegen werden "probeweise" zurück zur Arbeit verordnet.

Die Versicherungsanstalt läßt es sich nicht nehmen, die Einsatzmöglichkeiten über Begutachtung seitens der Kurärzte zu "verbessern".

Die "Verlängerung der Lebensarbeitszeit" im Blüm'schen Sinne führt dazu, daß zunehmend abgearbeiteten Kollegen die Verrentung verweigert wird.

Nicht Kranke und Behinderte sondern die Lebens- und Arbeitsabläufe sind den Gegebenheiten anzupassen.

Raimund

Die ewig Gestrigen haben Konjunktur

Bei vier Hausdurchsuchungen in Bremen und weiteren in Niedersachsen, stellten Ermittler ein 22 Seiten umfassendes, mit Parolen zum Rassenwahn durchtränktes Pamphlet mit dem Titel „Völkermord am deutschen Volk" sicher. Es ist von Alt- und Neu-Nazis finanziert und unterzeichnet worden. Diese Hetzschrift ist in Zügen, an Bushaltestellen und teilweise auch per Diskette verteilt worden. Das Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt in zahlreichen Fällen wegen Volksverhetzung.
Ein auffallend hoher Anteil der Unterzeichner sind Akademiker. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin will überprüfen lassen, ob diese an Hochschulen oder Unis lehren. Vergin meint: „ (...) die Bundeswehr und die Hochschulen 'sind nicht, wie von der Bundesregierung behauptet, nur ein Spiegelbild der Gesellschaft' - sie seien 'Mittler des Antisemitismus'."

Diese Individuen nennen es „ (...) amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord am Deutschen Volk." Der Anlaß scheint ein 1989 in der „Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes" erschienenen Buch mit dem Titel „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der BRD". „Natürlich" hat ein Jude dieses Buch geschrieben und „schön versteckt in 129 engbeschriebenen Seiten" die „gezielte Ersetzung des Deutschen Volkes im 'Wirtschaftsstandort Deutschland' durch fremde Völker" proklamiert. Das Nachwort hat Kanzleramtsminister Schäuble geschrieben, in dem er aussagt, daß hiermit ein „Beitrag zur Transparenz der Bonner Politik" geleistet und der „wissenschaftliche Unterbau" der „politischen Entscheidungen" erläutert werde.

Gerade auch für Bremen scheint es zu stimmen, wenn der Weser-Kurier meint, daß die ewig Gestrigen Konjunktur haben, sind doch vier der 64 Unterzeichner Bremer. Auch ansteckend muß diese Geistesdeformation sein, finden sich doch ganze 13 im weiteren Umland.

Der mittlerweile gefeuerte Ehrenvorsitzende des Kreisheimatbundes im Landkreis Diepholz und frühere Wehrmachtsmajor, Edzard Folkers (84), aus Syke will nur teilweise etwas Genaueres gewußt haben. Wie soll auch so ein Wehrmachtsoffizier etwas wissen. Ein Bremer Mitglied der Altnazi-Szene, Liselotte Päsler, hat keine Zeit zum Lesen, aber im Prinzip sind das ja alles Fakten, und bei der bremischen Hildegard Newzella hat die Altersdemenz anscheinend schon vor 80 Jahren begonnen, wenn sie behauptet, sie wüßte nicht, wem sie wofür das Geld gegeben hat.

Ehrlicher, wenn auch nicht weniger faschistisch, ist der Verdener Deutsche-Liga-Mensch, Rigolf Hennig, wenn er sagt: „Wer behauptet, er habe nichts vom Inhalt gewußt, dem tret' ich in den Arsch." Vielleicht sollte er oben bei der Liste beginnen.

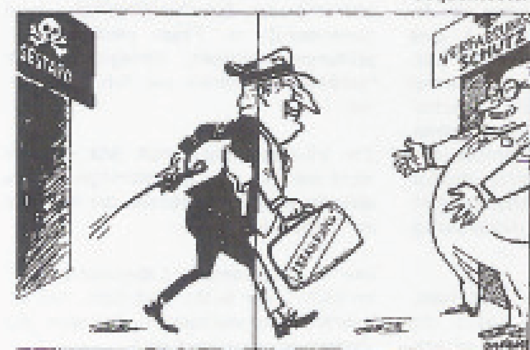
Die 64 bundesweiten Unterzeichner sehen nach § 220a StGB den Tatbestand des „Völkermordes" gegeben. „Die Zeit der Wahrheit" sei da, sagen sie. Richtig, nur diese Zeit ist schon seit dem 08. Mai 1945 angebrochen. Leider merken es weder die Nazis noch die Regierenden.

Hier alle Unterzeichner aus Bremen und Umzu:
Klaus Bunge, Delmenhorst - Werner Elstermann, Bremen - Edzard Folkers, Syke - Dr. Rigolf Hennig, Verden - Heino Janßen, Zetel - Prof. Dr. Günter Kohl, Bremen - Herbert Meyer, Hude - Johannes Ney, Rethem - Hidegard Newzella, Bremen - Liselotte Päsler, Bremen - Udo Pastörs, Bad Zwischenahn - Heinrich Preuß, Walsrode - Karl Schimpf, Oldenburg - Dr. Wilhelmine Steffens, Rethem - Hannelore Steinweg, Oldenburg - Hugo Schrag, Delmenhorst - Herwarth Strehlow, Wilhelmshaven

Gerold (AG Neofaschismus)

Freibrief für Naziterrorist

Geradezu eine Förderung rechtsextremer und neonazistischer Bestrebungen sieht der Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN-BdA, P.C. Walther, in der Entscheidung des Verfassungsschutzamtes, eine wesentliche Wirkungsstätte des Rechtsterroristen Manfred Roeder, das "Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk", als "nicht signifikant rechtsextremistisch" einzustufen und vom Verfassungsschutz unbeachtet zu lassen.



Alte Kameraden („Druck und Papier")

Das löse bei Nazigegnern und ehemals Verfolgten Empörung und Verbitterung aus. Zumal von demselben Verfassungsschutz die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes observiert und unter Zuhilfenahme falscher Darstellungen als verfassungswidrig diffamiert werde.
Damit werde gefährlichen Neofaschisten wie Roeder ein freies Betätigungsfeld gelassen, das zudem noch von staatlicher Seite gefördert werde, wie die Unterstützungen für Roeder aus der Bundeswehrführung zeigten, während Antifaschisten, die zu den Schöpfern der Nachkriegsdemokratie und zu den konsequentesten Verteidigern der demokratischen Grundprinzipien gehörten, geheimdienstlich verfolgt und benachteiligt würden.
Es stelle sich die Frage, wie lange die politisch verantwortlichen Kräfte diese Praxis noch tolerieren wollten. An die Abgeordneten, die die Praktiken der Nachrichtendienste zu kontrollieren haben, ergehe die Aufforderung, dem nicht länger zuzusehen, heißt es abschließend in der Erklärung des Bundessprechers der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Peter-Christian Walther

Zum
65. Jahrestag
der Machtübernahme
durch die Nazis findet
am 30. Januar 1998
um 20:30 Uhr
im
Brauhauskeller des Goethetheaters
eine Lesung statt.

Die Hamburger Schauspieler Anne und Robert Levin lesen aus Victor Klemperers Tagebüchern „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" (1933 bis 1945). Robert Levin ist Mitglied der VVN-BdA und Sprecher beim NDR-Hörfunk in Hamburg.

Victor Klemperer, jüdischer Herkunft, blieb während des Faschismus in Deutschland. Die Ehe mit einer Nichtjüdin bewahrte ihn vor der Deportation. Als er, der Romanist von europäischem Rang, sein Lehramt an der Technischen Hochschule verlor, die zunehmenden Repressalien seine wissenschaftliche Arbeit verhinderten, wurde ihm das Tagebuch zur Balancierstange, ohne die er abgestürzt wäre.

Mit minutiöser Genauigkeit hielt er fest, was er erlebte, was er sah, was ihm zugetragen wurde.

Frauen im Konzentrationslager

Bremen sah 1997 die Ausstellung „Moringen-Lichtenburg-Ravensbrück. Frauen im Konzentrationslager 1933 - 1945". Das dazugehörige Lesebuch basiert auf dem ursprünglichen Ausstellungskatalog, ist aber wesentlich erweitert und profitiert von dem im letzten Jahrzehnt wesentlich verbesserten Wissensstand über die Situation verfolgter Frauen und ihrer „vergessenen Opfer".



Lieselotte Thumser-Weil bei der Überzeugungsarbeit

Die Autorinnen, die ihren Arbeitsort im „Studienkreis Deutscher Widerstand" haben, trugen dazu selbst nicht unerheblich bei. Viele der biographischen Zeugnisse sind zuerst in der Zeitschrift „Informationen" des Studienkreises veröffentlicht worden. Weiter basiert das Buch v.a. auf den Arbeiten ehemaliger Ravensbrückerinnen aus der BRD und der DDR. Entstanden ist dabei ein liebevolles Buch in hervorragender Aufmachung mit zahlreichen Dokumenten, Zeichnungen, Bildern und Gedichten.

Die Einleitungen in die Geschichte der aufeinander abfolgenden drei Frauen-Konzentrationslager sind für Laien etwas knapp gehalten. Schwer erträglich ist die ständige Steigerung der Verbrechen, die in diesen Lagern stattfanden und die erst die Rote Armee am 30. April 1945 stoppte. Ravensbrück entwickelte sich in den Kriegsjahren zu einem Massenlager mit mehr als 50.000 Häftlingen, darunter einige Tausend Männern. Zum Vernichtungslager wurde Ravensbrück im Winter 44/45.

Mit Hunger, Zwangsarbeit, pseudomedizinischen Experimenten, Zwangsprostitution, Mord an Kindern und Säuglingen machten Wirtschaftsunternehmen und SS Ravensbrück zur Hölle. Allein mit einer noch im Dezember '44 errichteten Gaskammer töteten die Nazis bis April 1945 ca. 6000 Frauen und Kinder.

Ausstellung und Lesebuch bestehen in der Hauptsache aus 41 biographischen Skizzen. Sie stehen für die Breite der Verweigerung, des antifaschistischen Widerstandes und der Solidarität zuerst der deutschen, später der Häftlinge aus 20 besetzten Ländern. Diese Frauenbiographien sind intensiv und dabei bedrükkend und mutmachend zugleich. Als politischen Auftrag hält das Lesebuch die Fortsetzung des Kampfes um Entschädigung bereit.

Bis heute verweigern bekanntlich die an der Kriegsproduktion beteiligten Firmen, die sich ihre Zwangsarbeiterinnen selbst im Lager selektierten, sie bis zum letzten ausbeuteten und dann zur Vergasung abschoben, Zahlungen an ihre überlebenden Opfer. Allen voran ist hier Siemens zu nennen, das ein Werk direkt neben dem KZ errichten ließ.

Jutta von Freyberg, Ursula Krause-Schmitt: Moringen-Lichtenburg-Ravensbrück. Frauen im Konzentrationslager 1933 -1945. Lesebuch zur Ausstellung, VAS-Verlag Frankfurt/Main 1997, 180 Seiten, 25 DM

Thomas

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

am Samstag, den 21.März 1998, um 15.00 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp. Mitgliedsbücher bitte mitbringen!

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Arbeitsbericht des Landesvorstands
4. Diskussion geplanter Aktivitäten für das Jahr 1998
5. Änderung der Satzung, Veränderung im Namen der Organisation
6. Anträge, Beschlußfassung
7. Schlußwort

Zu TOP 5 gibt es einen Antrag auf Erweiterung des Namens der Organisation. Im Wortlaut: "Punkt 1 der Satzung von 1991 (Name und Sitz der Vereinigung) soll lauten:
'Die Vereinigung führt den Namen "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten", abgekürzt "VVN-BdA", Landesvereinigung Bremen e.V.'
Der weitere Text wird entsprechend geändert." Dies betrifft die §§ 2 (6), (8), (10), (12), § 3 (1), § 6 (1), § 8 (4)
Gäste sind selbstverständlich ebenfalls herzlich eingeladen

Der Landesvorstand

Liebe Leserin, lieber Leser!

Diese Ausgabe des Bremer Antifaschisten geht im Rahmen einer Werbeaktion an einen größeren Kreis Interessierter. Unsere Zeitung informiert monatlich über Neofaschismus und Rassismus, Geschichtsklitterung, Militarismus, Sozialabbau und Demokratiezerstörung auch und gerade in Bremen. Die Gegenwehr durch Zusammenarbeit aller Antifaschistinnen und Antifaschisten zu stärken ist dabei unser besonderes Anliegen.
Wenn Sie unsere Zeitung bislang noch nicht regelmäßig beziehen, füllen Sie bitte den Abschnitt im Inneren des Heftes aus und schicken ihn an die angegebene Adresse. Noch einfacher geht es, wenn sie einfach anrufen (Tel. 0421-382914), uns ein E-Mail schicken (Jwahls@csi.com / Garry@t-online.de) oder im Büro in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26 vorbeischauen. (Montags 16:00 - 19:00 Uhr und Donnerstag 15:00 - 18:00 Uhr). Über eine Spende freuen wir uns.

Die Redaktion

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).
Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: Jwahls@csi.com
Garry@t-online.de

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags mitgliederöffentlich

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag im

Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

VVN-Seminar

Daß in Krisenzeiten die Konstruktion von inneren und äußeren Feindbildern Hochkonjunktur hat, zeigt sich sowohl in der Vergangenheit als auch gegenwärtig.
Quer durch die Parteienlandschaft favorisiert man das Thema "Innere Sicherheit" als Zugpferd für das Wahljahr '98.
Unter dem Titel:

Krisenerscheinung „Innere Sicherheit“ oder Wer nicht paßt, muß in den Knast!

findet **am Samstag**, den **28. Februar, im Büro von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr** ein Seminar statt.

Es geht um Fragen wie:

- Was bedeutet der Begriff „Innere Sicherheit“?
- Wie sieht Kanthers und Borttschellers Vorbild 'New Yorker-Modell' aus?
- Wie sieht die Gesetzeslage und die tägliche Praxis der Staatsorgane aus?
- Wie ist die besondere Situation für die Bremer, die keinen deutschen Paß besitzen? (Dazu wird ein Vertreter des Antirassismusbüros kommen)
- Was sagen die Parteien dazu?
- Was können wir dem entgegen setzen?

Ausstellungsbesuch

Wir fahren am Samstag, den 14.02.98 zur Ausstellung

„Deutsche in der Résistance“

nach **Hamburg**. Wer mit uns fahren möchte, kann sich **bis zum 07.02.** im Büro anmelden. Wir werden mit dem Zug fahren (Wochenendticket).

Geburtstage im Februar 1998

Johanna Elmers	17.02., 80 J.
Dr. Ernst Busche	20.02., 66 J.
Waltraud Metz	23.02., 72 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand